**Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien,
Datenschutz und Informationsfreiheit****Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 55. Sitzung am 24. Januar 2018 die erste Lesung des Landesmediengesetzes unterbrochen und den Gesetzesantrag an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur weiteren Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Der Senat begründet seinen Gesetzentwurf damit, dass eine Reihe von gesellschaftlichen, technischen und rechtlichen Veränderungen seit der letzten umfassenden Änderung des Gesetzes aus dem Jahre 2012 es erforderlich gemacht habe, das Landesmediengesetz einer umfassenden Novellierung zu unterwerfen. Neben der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 25. März 2014 („ZDF-Urteil“) seien die Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung zur Fortentwicklung des Bürgerrundfunks umgesetzt. Auch seien Folgeänderungen aus dem 21. Rundfunkänderungsstaatsvertrag eingearbeitet worden. Das Gesetz werde modernisiert und die Transparenz der Finanzierung und des Haushaltswesens der Landesmedienanstalt erhöht. Darüber hinaus seien die Aufgaben der Landesmedienanstalt im Bereich der Medienpädagogik ausgeweitet worden und man habe eine neue Aufgabe im Bereich der Medien- und Filmproduktion geschaffen.

Der Ausschuss hat am 1. März 2018 eine Anhörung durchgeführt, an der teilgenommen haben:

- Frau Holsten, Direktorin der Bremischen Landesmedienanstalt,
- Frau Querfurth, stellvertretende Vorsitzende des Medienrates,
- Frau Dr. Sommer, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
- Frau Reimann von der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau,
- Herr Steuck vom Landesbehindertenbeauftragten,
- Frau Wegelein vom Filmbüro Bremen e.V.,
- Herr Schwarz von der Verbraucherzentrale Bremen,
- Frau Moser v. Filseck von der Vodafone Kabel Deutschland GmbH,
- Herr Meyer-Stender vom Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen,
- Herr Gerhardt von Radio Bremen und
- Herr Dr. Vial von der Senatskanzlei.

Wegen der Einzelheiten der sachverständigen Äußerungen wird auf das Protokoll der Anhörung verwiesen.

Der Ausschuss begrüßt die Novellierung des Landesmediengesetzes, hält aber einvernehmlich weitere Änderungen für erforderlich. Die Änderungen lassen sich dem Änderungsantrag entnehmen; es wird gebeten, den Antrag als dringlich zu behandeln.

II. Beschlussempfehlung

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag):

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ändert den Gesetzentwurf des Senats BremLMG (Drs 19/1461) wie folgt ab:
 - a) In § 17 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Worte „Jede Person“ ersetzt.
 - b) In § 41 Absatz 6 Satz 2 werden nach dem Wort „technischer“ die Worte „und filmkünstlerischer/-ästhetischer“ eingefügt.
 - c) In § 46 Absatz 4 Satz 2 werden die Worte „in geeigneter Form“ durch die Worte „in weiterverarbeitbarer und für Personen mit Behinderung wahrnehmbarer Form in einem maschinenlesbaren Format“ ersetzt.
 - d) § 50 Absatz 1 wird folgende Ziffer angehängt:
„30. Ein Mitglied des Landesteilhaberats“
 - e) § 56 wird wie folgt geändert:
 - aa) in Absatz 4 Satz 1 werden die Worte „in geeigneter Form“ durch die Worte „in weiterverarbeitbarer und für Personen mit Behinderung wahrnehmbarer Form in einem maschinenlesbaren Format“ ersetzt,
 - bb) in Absatz 4 Satz 2 wird vor das Wort „Leistungen“ das Wort „geldwerte“ eingefügt,
 - cc) in Absatz 5 werden die Sätze 3 und 4 gestrichen,
 - dd) in Absatz 6 Satz 2 werden die Worte „in geeigneter Form“ durch die Worte „in weiterverarbeitbarer und für Personen mit Behinderung wahrnehmbarer Form in einem maschinenlesbaren Format“ ersetzt,
 - ee) in Absatz 7 Satz 1 werden nach dem Wort „innovativen“ die Wörter „und unabhängigen“ eingefügt,
 - ff) in Absatz 7 Satz 2 werden die Worte „in geeigneter Form“ durch die Worte „in weiterverarbeitbarer und für Personen mit Behinderung wahrnehmbarer Form in einem maschinenlesbaren Format“ ersetzt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das so geänderte Bremische Landesmediengesetz in erster und zweiter Lesung.

Susanne Grobien
(Vorsitzende)